Herr Gleß von der Verwaltung erläuterte den Verfahrensstand und bat den Ausschuss, dem Beschlussvorschlag zu zustimmen.

Für die CDU-Fraktion begrüßte Herr Quadt das Projekt. Er erinnerte an die in den letzten Sitzungen bereits angemahnte Park- und Verkehrssituation. Da der Verbrauchermarkt nunmehr eine eigene Einfahrt bekomme, sei die Situation entschärft. Probleme sehe man aber noch bei der geringen Anzahl von Stellplätzen der KiTa. Man habe hinsichtlich der Parkmöglichkeiten seinerzeit angeregt, in der Straße Auf dem Hohen Ufer Möglichkeiten zu schaffen. Bezüglich des mit dem Investor abzuschließenden Durchführungsvertrages rege er an, die von ihm genannten strittigen Punkte aufzunehmen. Ferner rege er eine Nachbesserungspflicht bei Nichtfunktionieren an.

Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion halte auch die Errichtung der Kindertagesstätte und des Nahversorgers für notwendig. Daher werde man der Verwaltungsvorlage zustimmen. Von der Verwaltung wolle er wissen, ob bei den Verhandlungen mit dem Investor diesem die Lage des Kanalsammlers bekannt gewesen war.

Herr Gleß erwiderte, dass er diese Frage im nichtöffentlichen Teil beantworten werde. Die Zahl der Stellplätze sei die, die baurechtlich vorgeschrieben ist. Auch der Verwaltung sei bekannt, dass diese nicht ausreichen werden. Man überlege derzeit, Flächen Auf dem Hohen Ufer dafür vorzusehen oder eine öffentliche Stellplatzfläche im Bereich des Lichweges. Im Durchführungsvertrag werde man auf derartige Dinge eingehen.

Auch Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte für seine Fraktion die Ansiedlung von KiTa und Nahversorger. Hinsichtlich der Grundstücksverfügbarkeit käme die von ihm bevorzugte 1 a-Lösung leider nicht zum Tragen. Bezüglich der Verkehrsanbindung ergäben sich für ihn noch immer offene Fragen. In der Verwaltungsvorlage werde davon ausgegangen, dass der Antrag auf Änderung der Ortsdurchfahrt genehmigt werde, so dass zwei notwendige Anbindungen an die L 16 vorgenommen werden können. Er vermisse eine Aussage zum weiteren Verfahren, wenn es bei einer Anbindung bliebe. Bezüglich der dort entstehenden unechten Kreuzung habe er Bedenken, ob sie dem Sicherheitsaudit entspricht.

Weiter stelle sich für ihn die Frage, warum im Rahmen einer Gesamtplanung der Fuß- und Radweg nicht weitergeführt wird. Er erinnerte auch an die in der letzten Sitzung gemachte Anregung bezüglich der Errichtung einer Bushaltestelle in diesem Bereich. Insgesamt vermisse er eine Gesamtplanung. Er bitte die Verwaltung um Aussage zum Fuß- und Radweg und der Bushaltestelle, dies würde sich in der Vorlage nicht wiederfinden. In diesem Zusammenhang verwies er auf die von seiner Fraktion gestellte Anfrage für die nächste Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses.

Herr Züll von der FDP-Fraktion stellte fest, dass es sich hier um einen begrenzten Bebauungsplan handele und man nur Festsetzungen treffen könne, die sich innerhalb des Bebauungsplans befinden. Bezüglich der Stellplätze teilte er die Auffassung der Verwaltung, dass am Lichweg ein ausreichendes Angebot bestehe. Natürlich müsse man auch über diesen Plan hinaus perspektivisch weiterdenken und mit den entsprechenden Trägern der Straßenbaulast, der Deutschen Bahn etc. weitere Gespräche führen.

Zu der Nachfrage nach einer Gesamtplanung erinnerte Herr Gleß daran, dass es seitens des Straßenbaulastträgers eine Gesamtplanung für diesen Bereich gebe. Er halte diese Planung aber

für nicht mehr zeitgemäß, sondern für entbehrlich. Sollte man seitens des Straßenbaulastträgers an der Planung festhalten, könnte die hier vorgestellte Planung an dieser Stelle nicht verwirklicht werden. Die jetzt vorgeschlagene Lösung sei mit dem Landesbetrieb Straßen abgesprochen, eine abschließende Zustimmung stehe noch aus. Der Verfahrensschritt der Offenlage des Bebauungsplanes mit der Beteiligung der Behörden diene dazu, letztendlich die Stellungnahmen abzufragen.

Herr Metz machte noch einmal deutlich, dass es ihm nicht um eine Gesamtplanung für die L 16 gehe, sondern um eine Gesamtplanung in diesem Bereich. Die Autobahn würde verbreitert werden, Gebäude seien dann abzureißen, der S-Bahn-Haltepunkt werde möglicherweise neu gebaut und damit auch die Unterführung. Offen sei der Standort für eine Bushaltestelle im Bereich des Bahnhofs Mendon. Der Fuß- und Radweg ende im Bereich des Geltungsbereiches des Bebauungsplans.

Für die CDU-Fraktion erinnerte Frau Feld-Wielpütz an die noch ausstehende Erstellung des Sicherheitsaudit. Sie könne sich vorstellen, dass dabei auch der Fuß- und Radweg sowie die Bushaltestelle Berücksichtigung fänden. Die Anzahl der Stellplätze sei ihr sehr wichtig. Dem Protokoll vom 22.03.2011 sei zu entnehmen, dass 5 zusätzliche Stellplätze in der Straße Auf dem Hohen Ufer erstellt werden.

Herr Gleß ergänzte, dass der Nachweis zusätzlicher Stellplätze erforderlich sein wird. Auch die Errichtung der Bushaltestellen und die Sicherheit unter der Brücke seien wichtig. Aber damit solle der jetzt konkret vorhandene Vorhabenträger nicht belastet werden, da dieses nicht in seiner Interessenlage stünde. Dies wären von der Stadt selbst zu lösende Angelegenheiten.

Für Herr Metz ergebe sich noch immer Klärungsbedarf bezüglich einer möglichen Bushaltestelle, da diese ggf. die Verschwenkung des Fuß- und Radweges zur Folge hätte. Darum bitte er die Verwaltung noch einmal, sich dieses Problems anzunehmen.

Herr Züll von der FDP-Fraktion wies auf die Ausbauplanung hin. Daher sehe er jetzt keine weiteren Änderungsnotwendigkeiten.

Frau Feld-Wielpütz verwies noch einmal auf die Aussage, dass durch die Stadt ein Sicherheitsaudit erstellt werden soll, der auch die Problematiken der Bushaltestelle und des Fuß- und Radweges abdecken könnte. Damit sei wohl den Wünschen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rechnung getragen.

Abschließend stellte Herr Gleß fest, dass der Ausschuss noch über den endgültigen Plan befinden werde. Dann würden auch sämtliche Untersuchungen mit eingepflegt sein. Man hätte größere Dispositionsmöglichkeiten, wenn der OD-Bereich verlegt würde, dann könne auch in die Gestaltung des Straßenraumes eingegriffen werden. Das bestärke ihn, die Verlegung des OD-Bereiches gegenüber dem Landesbetrieb zu fordern. Die Anregungen bezüglich der Bushaltestelle würden mitgenommen und die Ergebnisse in die Fraktionen gegeben werden.

Danach ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.